

Voller Tapezieren u. Portefeuille-Zeitung

Organ

des Deutschen Böttler, Tapezierer u. Portefeuille-Verbandes

Inserat lozt. die sechsgep. Nonp. 60 Pf.

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdenstraße 10 b^m
Zeriprecher: Emil Werlichplatz Nr. 2120

Erscheint alle 8 Tage

Das Elend des deutschen Volkes.

Die schöne Fassade des Wohllebens, das wir in den Hauptstädten unserer Städte beobachten können, verbirgt einen schrecklichen Zustand menschlichen Elends, wie das nachfolgende Kapitel zeigt.

Die Geburtenziffer des Landes war für das Jahr 1923 mit 29,3 nur um 4,7 größer als die der Städte mit 24,6; im Jahre 1921 jedoch mit 27,8 um 6,1 größer als die der Städte mit 21,7 — heißt es in Wirtschaft und Statistik. Der Geburtenüberschuß hat 1921 auf dem Lande mit 13,6 auf 1000 Einwohner die gleiche Höhe wie im letzten Jahre vor dem Kriege wieder erreicht, doch bleibt der Geburtenüberschuß in den Städten mit 8,1 weit hinter der Vorkriegsziffer von 10,6 zurück.

Auf eine Rundfrage bei den Oberbürgermeistern der großen deutschen Städte kam für Uchemnitz folgende Antwort: Von 1268 Schulkindern haben 706 kein eigenes Bett. In 63 Schlafzimmern schlafen je 2 Personen, in 30 je 3, in 10 je 4, in 5 je 5 und in einem 10 Personen. In Dortmund ergaben die Untersuchungen der Schulärzte an den Schulkindern durchschnittlich Krankheits- und Beanspruchungsziffern von 53 Prozent. Besonders waren die Vernachlässigten in ihrem Entwicklungs- und Gesundheitszustand erheblich beeinträchtigt. Schwere Folgezustände von entgifteter Krankheit wurden in 10 Prozent der Fälle festgestellt. Eine große Anzahl der Kinder war hinsichtlich der Körpergrößen- und Gewichte stark unterwertig. Die Zahlen für Unter- und Fehlernährung steigerten sich besonders im Jahre 1923. 1924 wuchs sich eine leichte Besserung bemerkbar, so daß die Zahl der als sehr schlecht erachteten Befunden nunmehr von 22,2 auf 17,1 Proz. zurückging.

Der Direktor der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Berlin stellte in den Wohnungsuntersuchungen für die Jahre 1919/20 fest: Ein Viertel der franken Männer und 18 Proz. der Frauen wohnen in Räumen von weniger als 20 Kubikmeter Luftraum, mehr als 5 Proz. haben noch nicht 10 Kubikmeter, während die preußischen Gefängnisse wenigstens 28 Kubikmeter vorschreiben. Ein Fünftel der Kranken sind jugendlich. Sie schlafen mit anderen bis zu 5 Personen in einem Bett. Was sagt dieses Knochengeriß der Statistik?

Deutschland hatte vor dem Kriege, auf den heutigen Bevölkerungsstand umgerechnet, 240 000 Geistesranke, 90 000 Epileptiker, 300 000 Alkoholranke, 50 000 Taubstumme, 30 000 Blinde, 307 000 Verkrüppelte, 1 000 000 Tuberkulose, 12 000 Selbstmorde, 71 500 minderjährige Kinder in Zwangserziehung, 55 000 zu Gefängnisstrafen verurteilte Kinder. Nach dem Kriege hat Deutschland 900 000 Invalidentrenner, 1 000 000 Invaliden, 300 000 Altersrentner, 1 000 000 Kleinrentner mit Angehörigen, 100 000 invalide Witwen, 600 000 aus der Invalidenversicherung, 1 300 000 Kriegesbeschädigte, 50 000 Kriegeswitwen, 1 500 000 Kriegswaisen, 10 000 alte Eltern von im Kriege Gebliebenen und durchschnittlich ein paar hunderttausend Arbeitslose.

Und angesichts dieser erschreckenden Zahlen weist A. der Etat des preußischen Staates folgende Zahlen auf:

für Säuglingsfürsorge	100 000 M.
für Heilanstalten	300 000 M.
für Altersfürsorge	4 500 000 M.
für Heilanstalten	23 000 000 M.

Wo wohnt das deutsche Volk? 1871 wohnen noch 60 Proz. auf dem Lande und 40 Proz. in den Städten. Anfang 1900 war es schon umgekehrt. Seit 1871 sind jährlich 400 000 vom Land in die Städte gezogen. Die Nachkriegszeit jagt die Menschen in immer rasenderem Tempo in die Städte, die sie wieder abstoßen mußten, weil keine Arbeit da war. 1921 wanderten 9000 Landwirte aus, 1922 18 000. In Mecklenburg aber wohnen nur 48 Menschen auf 1 Quadratkilometer, in Ostpreußen 55, in Pommern 57.

Das sind erschreckende Zahlen, und sie lassen erkennen, daß unsere ganze soziale Fürsorge hier wohl

einige Verringerung schaffen kann, nie aber eine Befundung des tranken und stehenden Volkskörpers. Diese Zustände verlangen geradezu gebieterisch eine vollständige Umstellung unserer sozialen Verhältnisse. Die Stadt frisst auf, und das Land nährt nicht. Es ist nicht mehr Warbahn für das Gehirn der großen Städte. Keine großzügige Pflege des Bodens und der Bodenfruchtbarkeit hält der Industrialisierung und dem Kriege die Wage. Deutschland liegt zwischen dem Bauernvolk Rußland und dem Kolonialstaat Frankreich. Es geht nicht mehr um Rettung eines tranken Volkskörpers, es geht darum, das Land zu stopfen, wo der Tod sitzt. Kein Gesetz kann den Geburtenrückgang aufhalten, den müden Körper aufpeitschen, daß er tragen muß, was er nicht tragen kann. Kein System kann helfen, keine Versicherung, keine Rente.

Und angesichts solcher Zustände beachte man das Gesetz der Großagrarien nach Hochschußjollen, nach Preiserhöhungen.

Gibt ihnen am 7. Dezember die Zustimmung.

Zur Frage der Erwerbslosenfürsorge.

Die Aufkündigung des Preussischen Landtages hat es verhindert, bei dem gerade zur Beratung stehenden Hausplan des Ministeriums für Volkswohlfahrt einen Vorstoß zur Reform der Erwerbslosenfürsorge zu machen. Die sozialdemokratische Fraktion hatte zu dem Zwecke folgenden Antrag eingebracht:

„Der Landtag ersucht das Staatsministerium, bei der Weiterentwicklung und im Hinblick auf das Zustandekommen einer Erwerbslosenversicherung zu dringen.“

Bis zum Inkrafttreten eines solchen Gesetzes ist auf schnelle Bildung einer Reichsgefahrengemeinschaft hinzuwirken.

Um für Preußen einen volkswirtschaftlich günstigeren und zweckmäßigeren Ausgleich der durch die Erwerbslosenfürsorge entstehenden Kosten herbeizuführen, als dies nach der Verordnung des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 18. August d. J. möglich ist, muß der Kostenausgleich mindestens innerhalb des Bereichs eines Landesarbeitsamts bzw. einer Provinz durch Festlegung einheitlicher Beitragssätze erfolgen.“

Unmittelbar vor der Beratung des Antrages wurde der Landtag aufgelöst.

Die Mittel für die Unterstützung der Erwerbslosen werden zurzeit fast ausschließlich durch Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aufgebracht. Aus den durch Beiträge beschafften Mitteln werden zwei Drittel der Kosten der Arbeitsnachweise gedeckt und acht Neuntel der Kosten der Erwerbslosenunterstützung. Die Fehlbeträge decken Gemeinden, Länder und Reich.

Der Bedarf an Mitteln ist nicht in allen Wirtschaftsgebieten der gleiche. Aus diesem Grunde hatten Bayern, Sachsen, Thüringen und Baden Gelegenheiten zur Unterstützung der Orte mit großer Arbeitslosigkeit durch Orte mit guter Konjunktur vorgesehen. In Preußen war dies nicht der Fall. Dort hatte bis vor kurzem jeder Ort für sich zu sorgen. Die Folge war, daß Orte mit guter Konjunktur mit niedrigen Beiträgen auskommen konnten und noch Ueberflüsse erzielten, während in Orten mit großer Arbeitslosigkeit die höchstzulässigen Beiträge erhoben werden mußten, nämlich drei Proz. vom Grundlohn und doch bei der Beantwortung der Frage, ob bei dem einzelnen Erwerbslosen Bedürftigkeit vorliegt, die betamntlich Voraussetzung für den Bezug der Unterstützung ist, ein strenger Maßstab angelegt wurde, weil eben nicht genügend Mittel zur Unterstützung vorhanden waren.

Die Erfahrungen mit einer Erwerbslosenfürsorge nach diesen Grundrissen drängten zu einer Reform. Selbst der Reichsarbeitsminister sah ein, daß es so, wie bisher, nicht weitergeht. Er war bereit, eine Reichsgefahrengemeinschaft zu schaffen, um innerhalb des ganzen Reichs einen Ausgleich zwischen den Orten mit geringer und großer Arbeitslosigkeit herbei-

führen zu können. Er war auch bereit, die Forderung der Gewerkschaften zu erfüllen, und eine Erwerbslosenversicherung der Gesetzgebung in Vorschlag zu bringen, die dem unsozialen Zustand ein Ende macht, daß den Arbeitern und Angestellten unangenehm Beiträge zur Unterstützung Erwerbsloser vom Lohne abgezogen werden, daß ihnen trotzdem aber kein Rechtsanspruch auf Erwerbslosenunterstützung zusteht.

Diese Pläne sind durchkreuzt worden durch eine Verordnung des preussischen Wohlfahrtsministers vom 18. August d. J., die am 1. September in Kraft getreten ist, und die starke Gegenkraft gekunden hat bei den Gewerkschaften aller Richtungen, die zahlreichen Vertretern von Gemeinden und bei Verwaltungsbehörden.

Die Arbeitgeber freilich sind mit der Verordnung einverstanden. Sie können auch einverstanden sein, denn die Verordnung bietet ihnen Sicherheit, daß in der maßgebenden Behörde im größten deutschen Freistaat die Mäßigkeit besteht, den gegenwärtigen Zustand aufrecht zu erhalten, daß zahlreiche Erwerbslose ohne Unterstützung bleiben.

Die Verordnung überläßt es nach wie vor den kleinen Wirtschaftsgebieten der örtlichen Arbeitsämter, sich die notwendigen Mittel aus Beiträgen zunächst selbst zu beschaffen. Gelegenheit zu einer Hilfe für die Orte mit großer Arbeitslosigkeit durch günstiger gestellte Orte schafft sie lediglich durch die Vorschrift, daß bis zu 1/3 Proz. des Grundlohnes an eine provinzielle und 1/2 Proz. an die Landesausgleichsstelle abgegeben werden müssen. Reichen die örtlichen Mittel nicht aus, dann können die einzelnen Orte aus der Provinzialausgleichsstelle Unterstützung erhalten, aber auch nur dann, wenn sie mindestens 14 Tage hindurch die höchstzulässigen Beiträge erhoben haben. Den Ausgleich zwischen den Provinzialstellen besorgt die Landesausgleichsstelle.

Ob die einzelnen Orte etwas erhalten, entscheidet lediglich der Regierungspräsident. Die Verordnung scheidet hierbei jegliche Mitwirkung derjenigen aus, die die Beiträge aufbringen müssen. Ein Mitbestimmungsrecht ist diesen nur in dem Bundesausgleich gegeben, der zur Beteiligung an den Arbeiten der Landesausgleichsstelle gebildet worden ist. Der Einfluß, der dort ausgeübt werden kann, ist aber nur sehr gering. Die Vertreter der Beitragszahler erhalten in der Praxis nur eine Uebersicht über die Mittel, die angefordert und bewilligt werden.

Ganz abgesehen davon, daß einige Bestimmungen der Verordnung mit dem Arbeitsnachweisgesetz nicht in Einklang stehen, also ungleich sind, so die Bildung des Bundesausgleichs und die Uebertragung des Rechts auf Festlegung der Höhe des Ausgleichsbeitrages an den Ausschuß beim Landesarbeitsamt Brandenburg, ist die Verordnung auch ungewidmähig und unsozial. Unsozial und ungewidmähig ist sie einmal, weil sie das Mitbestimmungsrecht der Beitragszahler ausschaltet und weil sie den bisherigen Zustand aufrechterhält, daß die Orte mit größter Arbeitslosigkeit, also mit größter Arbeitslosennot, die höchsten Beiträge erheben müssen.

Im Bezirk des Landesarbeitsamts Münster erheben z. B. nach Inkrafttreten der preussischen Verordnung von 60 Arbeitsnachweisbezirken 34 die höchstzulässigen Beiträge, also 3 Proz. vom Grundlohn; 9 Orte kommen mit 1 1/2 Proz. aus. Einige Orte erheben noch niedrigere Beiträge.

Die preussische Verordnung hält auch den Zustand aufrecht, daß bei Beurteilung der Frage, ob Bedürftigkeit des Erwerbslosen vorliegt, in den Orten mit größter Arbeitslosennot am rigorosesten vorgegangen wird. Dadurch konzentriert sie die jetzt so häufige Praxis, die Erwerbslosigkeit zum Abbau der Löhne und der Sozialpolitik in den Betrieben auszunutzen, weil die Furcht vor Entlassung, mit der Aussicht, vielleicht noch nicht einmal die geringe Erwerbslosenunterstützung zu erhalten, vielen Arbeitern und Arbeiterinnen in den Betrieben größte Zurückhaltung auferlegt.

Selbst eine große Anzahl unterstühter Arbeiter stellen für die Arbeitnehmer in den Betrieben eine gefährdete Reservearmee dar; wobei mehr diejenigen Männer und Frauen, die nicht unterstüht werden, obgleich sie arbeitslos sind, weil sie nicht als bedürftig angesehen werden oder weil ihre Arbeitslosigkeit nicht als eine Folge des Krieges anerkannt wird. Es sind Fälle bekannt geworden, wo die Unterstühtung nach Anweisung verweigert wird, wenn Erwerbslose oder deren Ehefrauen ein Hausgrundstück oder mehr als einen halben Morgen Land besitzen, ferner, wenn sie ein Schwein geschlachtet hatten, wenn die Frau durch Hausarbeit wenige Mark die Woche verdient, selbst wenn davon Mann, Frau und mehrere Kinder, von denen keins arbeitsfähig ist, leben müssen und zahlreiche Fälle ähnlicher Art.

Dass die Aufrechterhaltung eines solchen Zustandes den Unternehmern angenehm ist, kann man sich denken. Nicht zu verstehen aber ist, dass der preussische Wohlfahrtsminister die Hand dazu geboten hat. Er hat es getan durch die Verordnung, die in einer Zeit herausgekommen ist, als die Vorarbeiten für die Reichsgesetzgebungsgemeinschaft so gut wie abgeschlossen waren. Das fordert um so mehr zur Kritik heraus.

Das Verhalten des preussischen Wohlfahrtsministers zeigt den Einfluss des organisierten Unternehmertums auf preussische Verwaltungsbehörden. Das organisierte Unternehmertum ist gegen eine Reform der Erwerbslosenfürsorge. Vor allem Dingen aber ist es gegen eine Erwerbslosenversicherung. Ein Vertreter der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände erklärte kürzlich in einer Sitzung: „Die deutsche Wirtschaft könne sich den Luxus einer Erwerbslosenversicherung nicht leisten.“

Auf die „Not der Wirtschaft“, die von Unternehmerseite immer angeführt wird, nimmt der preussische Wohlfahrtsminister Rücksicht, ohne zu beachten, dass zur Wirtschaft auch die Arbeitnehmer gehören.

Das Verhalten des preussischen Wohlfahrtsministers in der Frage der Erwerbslosenfürsorge ist um so unverständlicher in einer Zeit, in der die Rechte regierungsmäßig folgende Zuschrift erhalten haben:

„Im Laufe der letzten Monate haben sich die Fälle vermehrt, in denen besonders bei älteren Personen als Todesursache „Erschöpfung, Entkräftung, Abzehrung, Schwäche, Inanition“ usw. angegeben wurde. Es liegt Grund zu der Annahme vor, dass wenigstens ein Teil der Fälle auf direktem Verhungern aus Nahrungsmangel als Folge wirtschaftlicher Not beruht.“

Die Gerichte werden dann aufgefordert, die Rücksicht auf Angehörige der an Hunger Gestorbenen fallen zu lassen und die wahre Todesursache anzugeben, um damit dem Staate die Unterlagen zu liefern, um Maßnahmen zu treffen, die für das Allgemeinwohl von hygienischer Bedeutung sind.“

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, dass die Notgracht der durch Hunger zugrunde gehenden Menschen Erwerbslose sind. Wenn die Not der Erwerbslosen in der gegenwärtigen Zeit auch nicht ganz beseitigt werden kann, so ist es doch möglich, sie zu lindern. Das wäre schon möglich, wenn durch Unterstühtung der Orte mit großer Arbeitslosigkeit durch Orte mit günstigerer

Konjunktur den ersteren größere Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das Verhalten des preussischen Wohlfahrtsministers hat diesem Streben ein starkes Hindernis bereitet. Dies durch Landtagsbeschluss zu ändern, ist durch die Auflösung des Landtages im Augenblick verhindert worden.

Nun aber haben die Wähler und Wählerinnen das Wort.

Die Wähler und Wählerinnen aus den Reihen der Arbeiter und Angestellten müssen dahin wirken, dass im Reich und in Preußen durch Stärkung der Sozialdemokratischen Partei der Einfluss der Gegner der Sozialpolitik ein für allemal geschwächt wird, der nach den Wahlen am 4. Mai an manchen Stellen sichtbar geworden ist. Auch die preussische Verordnung zur Erwerbslosenfürsorge zeigt uns, was wir zu erwarten haben, wenn die Gegner der Sozialpolitik am 7. Dezember nicht empfindlich geschlagen werden.

Am 7. Dezember muß es deshalb für jeden Arbeiter und für jede Arbeiterin heißen:

Unsere Stimmen der Sozialdemokratischen Partei.
Gertrud Hanna.

Lebensmittelwucher!

Weihnachten steht vor der Tür, da sind die lieben Mitmenschen, so sich Agrarier, Groß- und Kleinbändler nennen, eifrig am Werke, aus den Vorkriegsmassen so viel Mamonn wie irgend möglich herauszugarnen. Das nennen sie modernes Christentum, national und patriotisch handeln. Ausgesprochen allemal, wenn das Fest der Liebe naht, steht der allgemeine Preiswucher im verstärkten Maße ein. Was an billigen Waren in den großen Kaufhäusern angeboten wird, ist fast ausnahmslos billiger Schund. Die große Masse des Proletariats, die infolge ihrer niederen Löhne fast gar keine Kaufkraft besitzt, ist nicht umstände, bessere Qualitätsware zu erstehen, ist also meist auf diese Schundware angewiesen und daher doppelt betrogen. So steht es aus, so ist das moderne Ausbeutungssystem beschaffen, hohe Preise, niedere Löhne, Heuchelei und Lug und Trug, wohnin man auch den Blick richtet.

Die Agrarier erlitten vor dem Kriege fast in Synoptenqualen. Während der Inflation haben sie nicht nur diese Grundschulden abgestoßen, sie haben auch ihre Gebäude renoviert, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte erneuert und vervollständigt, stehen somit in jeder Hinsicht in vorzüglicher Position da. In den Sommermonaten machten sie ein entsetzliches Geschrei wegen angeblicher schlechter Ernteausbeuten. Die Ernten sind im allgemeinen nicht schlecht gewesen. Die Getreideernte ist gut mitget, teilweise vorzüglich, die Kartoffelernte über alles Erwarren gut, ebenso die Obsterte.

Trotzdem, die Landwirte kennen keine Grenzen, genau wie die Industriellen und Handelsreisenden. Unerfütlich ist ihr Streben, den Gewinn zu steigern. Die Landwirte verlangen trotz der schon viel zu hohen Getreide- und Brotpreise neue höhere Rölle. Dabei sind die Preise für Brotgetreide geradezu mit Riesenschritten gestiegen, so dass die Friedenspreise auch ohne Schundläge längst überholt sind. Dabei ist zu beachten, dass die Friedenspreise damals die Zollprämie einschlossen.

Der Berliner Börse kostete im Jahre 1924 im Durchschnitt der Monate:

1 Korne	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Oktober	Nov.	Durchschnitt
1 Korne	127	135	126	131	128	136	149	163	223	164	143
Weizen	103	107	114	102	108	100	110	222	226	109	113

In den Marktpreisen, zu welchen der Marktschön und der Gewinn der Verkäufer hinzukommt, ist die Teuerung noch offensichtlich.

Im Durchschnitt der Monate kostete an der Berliner Börse im Jahre 1924:

1 Korne	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Oktober	Nov.	Durchschnitt
1 Korne	226	221	218	203	199	214	229	288	209	209	213
Weizen	89	86	82	73	70	73	81	85	45	45	75
Weizenmehl	200	207	209	207	205	203	203	203	203	203	203
mehra. Weizen	67	60	64	75	79	83	82	101	70	70	75
mehra. Roggen	60	64	68	64	62	61	61	46,5	35	35	58

Wenn man auch berücksichtigt, dass die erhöhten Steuern und sonstigen Ausgaben auch den Unternehmer höher belasten als in der Vorkriegszeit, so sind diese in den angegebenen Preisen doch zweifellos mehr als reichlich ausgefüllt. Nun macht sich gerade in der längsten Zeit wieder die erneute Steigerung der Brotpreise bemerkbar. Man führt dies darauf zurück, dass in verschiedenen Ländern eine Mangel an Getreide zu verzeichnen sei, während der Getreidebedarf im allgemeinen gestiegen ist. Das veranlasst die Getreidehändler und Spekulanten selbstverständlich sofort zu allerlei Manipulationen, so dass damit zu rechnen ist, dass bis zur nächsten Ernte ohnehin mit hohen Brotpreisen zu rechnen ist.

Welche Lehren haben wir daraus zu ziehen? Es muß verhindert werden, dass die Wahlen am 7. Dezember Vertreter der wucherreibenden Parteien in den Reichstag ergeben. Wenn die Reichstagsparteien die Mehrheit der Abgeordneten zum Reichstag entsenden können, dann können wir uns auf weitere enorme Broterteuerung gefasst machen.

Wer das nicht will, der muß am 7. Dezember seine Stimme für die Arbeiterpartei abgeben in die Wahlurne legen. Der muß aber bis dahin seine ganze Kraft dafür einsetzen, dass diese Erkenntnis weite Verbreitung findet und jeder zur Wahlurne schreitet und seine Stimme abgibt.

Nieder mit allem Lebensmittel- und Preiswucher, so muß die Parole am 7. Dezember und allezeit lauten.

Die Bau- und Wohnungsfrage.

Die Wohnungsnot bedrückt die Völker ansteigend allerwärts im großen Umfange. Selbst in Amerika, dem Lande, das angeblich im Golde fast erstickt, soll kein Kapital zum Bau von Wohnungen vorhanden sein.

So berichteten am 24. Oktober die Delegierten des Dr.-Ing. Wagner, die beiden Geschäftsführer des Verbandes „Sozialer Baubetriebe“, die zur Information über die Verhältnisse auf dem Baumarkt nach Amerika gesandt wurden. Wir bringen einiges aus dem interessanten Bericht zur Kenntnis unserer Leser, weil schließlich von der Wiederbelebung der Bauwirtschaft die gesamte Wirtschaft eine Neubelebung erfahren würde.

Schmitten und Raumstil.

(Nachdruck verboten.)

Möbel- und Tapisseriekunst in der deutschen Renaissance. In der Zeit der Gotik hatte das Holzmöbel auch reichen Schmuck, aber diese Verzierungen überstiegen nur ausnahmsweise die Höhe der Umrahmungen und waren verliert ins Holz geschnitten, dabei waren sie mit Farben ausgezieret und hatten den Charakter einer reinen Flächendekoration. Ganz anders verzierete die italienische Renaissance, oder wie man diese damals in Deutschland hieß, die „weisse Art“, nämlich vorherrschend mit plastischen Ornamenten und Figuren in runder Modellierung bis zum völligen Hochrelief. Dieser geschmückte Schmuck hatte den Charakter des selbständigen Unabhängigen und überragte nicht selten die konstruktiven Rahmungen. Die vollrunde Plastik wirkt mit ihren starken Licht- und Schattenmächten samt den kräftigen Profilen und Vorprüngen viel lebendiger als das flache Relief und das vertieft geschnitzte Ornament. Die durch das praktische Bedürfnis ermittelte Grundform der Stühle, Kisten, Schränke, Tische usw. wurde in konstruktiver Hinsicht wenig beeinflusst und man beschränkt sich in der Hauptache damit, ihre großen Flächen nach dem neuen Stil auszubilden, und so gewann das Renaissancemöbel eine ungleich lebhaftere und abwechslungsreichere Erscheinung als das gotische, in einfacher, aber zweckmäßiger Weise aus Brettern zusammengesetzte Geschranke mit seinem verhältnismäßig geringen und großartigen Schmucke. Die italienische Behandlungsmasse des Renaissanceholzmöbels machte in Deutschlands Schule, und es treten zwei Richtungen

des Reliefes am Holzmöbel auf, nämlich eine, bei der die Architekturformen vorherrschen, und eine zweite, bei der die bildhauerische Form, die Skulptur, überwiegt. Die bildhauerische Richtung besteht beim Schranke die Einteilung der Gotik bei, eine wagrechte Zweiteilung, die untere und die obere Schrankehälfte je mit Doppeltüren, dazwischen allenfalls noch ein Gurtgesims mit schmaler Schieblade und zur Schrankkrönung ein stark hervortretendes Hauptgesims mit Renaissanceornamenten profiliert. Alle diese Teile wurden mit Schmuckwerk versehen: Rahmen, Füllstücke, Friese und Zwischenfelder. Dazu stellte die italienische Renaissance als Neues Arabesken und Grotesken mit Figuren dazwischen, auch rein ornamentale verwendete Detailmotive. Die plastische Richtung hatte vornehmlich in Deutschland am Rhein und in Norddeutschland ihren Sitz. Die architektonische Richtung nimmt alle konstruktiven und schmückenden Teile der Außenarchitektur der Renaissance an, vor allem Säulen und Kapitelle, Nischen mit darin auftretenden Figuren, Portale und Fenster, Giebel und Volutenstrahlen und schafft damit aus der Schranke oder Pastenansicht eine Art Haus- oder Palastfassade, gliedert sie mit Säulen und Karyatiden, setzt Nischen mit Statuen dazwischen oder macht die Füllungen umrahmt und geschleibten Fenstern gleich. Aber sie verachtet auch nicht den Schmuck der Plastik, wenngleich sie denselben als der Architektur unter- und eingeordnet behandelt und anwendet. So macht ein wagrecht zweigeteiltes Schrank die Grundform einer zweigeschossigen Palastfassade in seiner Ansicht und der Schreiner geht dabei vor wie der Architekt. Aber schon in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts ist es ihm nicht mehr um die archi-

tektische Gestaltung und Wirkung zu tun, sondern auch um die korrekte Anwendung der fünf Säulenordnungen. Die architektonische Richtung ist die in Süddeutschland und seinem kunstgewerblichen Meisterland Nürnberg herrschende. Als Schattenseiten dieser „Tischler-Architektur“ werden bemängelt, dass sie die Kräfte des Schrankes, die in der Gotik die Kunstschlosserei so dankbar künstlerische Aufgaben stellte und phantastisch behandelt wurde, ins Schrankinnere verweist, dass die strukturelle Architektur des Möbels häufig mit dessen Gebrauchsform oder Anordnungsstellung in Widerspruch steht, indem z. B. die Säulen und Konsolen an den Türen angebracht sind und beim Öffnen der letzteren also mit fortbewegt werden und so eine auf Täuschung ausgehende Niederarchitektur darstellen. Auch wirken diese Möbel in nicht großen Räumen leicht zu schwer. Mit dem 16. Jahrhundert fand über Augsburg und Nürnberg noch eine andere, zunächst für das Kleinmöbel und die kirchliche Ausstattung angewandte Holzflächenverzierungsmasse in Deutschland Eingang, die Inlatten- oder Marketerie, d. h. die Flächenverzierung mittels verschiedener Holzarten von unterschiedlicher Farbe. Diese Technik war in Italien schon im Mittelalter aufgenommen und im Frührenaissancezeitalter, im 15. Jahrhundert, in Venedig gekommen. In der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts bediente man sich dieser glatten Flächenverzierung vornehmlich für das Kleingerät, z. B. Läden und Trüben, in denen Schmutzsaugen und Silbergerät aufbewahrt wurden, und statete sie nicht nur in ihrem Reizherbe aus, sondern auch die Fronten der inneren Schubfächer oder Kassettenfächer. Darstellungsversuche der Inlatten waren hauptsächlich Landschaften,

Amerika wird als das Land der Baumwirtschaft bezeichnet mit 300 000 Bauarbeitern. Davon sind 700 000 Zimmerer und 175 000 Maurer, der Jahresumsatz beträgt etwa 5 Millionen Dollar. Die große Zahl der Zimmerer erklärt sich daraus, daß in Amerika viel Holzhäuser erbaut werden. Man hat sich darauf eingestellt, möglichst rasch und billig zu bauen, auf Qualitätsarbeit wird nicht gesehen. Man baut in der Regel Kleinhäuser zu Wohnzwecken, die Balkenträger und Etagenhäuser sind meist nur für Geschäftszwecke bestimmt. Infolge dieser Baupragis sollen die Wohnviertel meist einen ganz entsetzlichen Eindruck machen. Die Unternehmer sind bemüht, alles möglichst maschinell herzustellen und Arbeitskraft zu sparen. Die Ausschachtung der Fundamente erfolgt mittels Bagger, auch sonst wird alles möglichst vorher montiert (selbst Fensterbögen), um dann vom Maurer nur eingeseht zu werden. Im Winter sind die Arbeitslöhne niedriger als im Sommer. Sie betragen im Sommer 16 Dollar = 67 Mk. pro Tag, im Winter 12 Dollar = 50 Mark. Die Gewerkschaften sind in Amerika ganz anders beschaffen als bei uns. Es gibt offene und geschlossene Gewerkschaften. Die geschlossenen nehmen keine Mitglieder mehr auf. Solche geschlossenen Gewerkschaften haben eigene Weibhoden; so gestattet eine Elektrikergewerkschaft, die ihre Mitgliederlisten geschlossen hat, Nichtmitgliedern, auf den von der Gewerkschaft beauftragten Bauten nur dann zu arbeiten, wenn sie jede Woche pro Kopf 2 1/2 Dollar zahlen. Die Finesse, ebenfals eine geschlossene Gewerkschaft, gestattet nur die Haltung eines Belegs auf 50 Personen. Die Lehrzeit ist 4 bis 6 Jahre.

Solche amerikanischen Zustände können natürlich nicht mit deutschen verglichen werden, man ersieht aber daraus, daß sie alles andere sind, nur nicht schön oder gar ideal.

Soweit nun Baukapital in Frage kommt, soll es sehr schwer sein, zweite Hypotheken auf Bauten zu bekommen. Den Banken sei das Verleihen von Geld nach dem Ausland durch strenge Befehle verboten. Auch die Arbeiterbanken sind rein kapitalistische Unternehmen, die sich von anderen nicht wesentlich unterscheiden. Es wären indes Verhandlungen angebahnt, die von Berlin aus weitergeführt werden. Nach alledem darf man sich wenig Hoffnungen machen, daß durch amerikanische Hilfe der Wohnungsnot in Deutschland wesentlich gesteuert werden kann. Interessant ist ferner, daß die beiden Referenten Dr. Wagner und Axtor jeder eine andere Meinung darüber haben, wie man am zweckmäßigsten baut. Wagner meint der Kleinhäuserbau — Axtor der Etagenbau ist besser. Man wird jedoch wohl nicht verallgemeinern dürfen, denn es ist leicht denkbar, daß dabei Zeit und Umstände die entscheidende Rolle spielen. Die Erfahrung dieser Amerikareise zeigt im wesentlichen in dem bekannten Satz: Hilf dir selbst, wenn du willst, daß dir geholfen wird.

Die Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin n. S. hat, so wird berichtet, 5000 Wohnungen finanziert. Diese Gesellschaft ist mit der Vergebung der Hauszinssteuerhypotheken beauftragt, um die Neubaulätigkeit zu fördern. Die vorhandenen Mittel wären soweit in Anspruch genommen, daß neue Anträge auf

Architekturen, geometrische Kompositionen, auch figurative Szenen. Alsobald brante und färbte man die Holzger auch, hielt sich aber dabei doch in der Regel im Rahmen der Naturfarbigkeit der Holzarten, also in der Scala der gelblichen und braunen Töne und erstellte damit ein warmes und harmonisches Dekor. Im südlichen Deutschland fand die Marmorverlebung, auch nach italienischem Vorbild, selbst in der hölzernen Wandbekleidung Anwendung. Auch im nördlichen Deutschland, am Niederrhein und in Holland fand die Intarsia eine Erweiterung, indem Schränke, auch große Büfettkasten und gern auch Türen, mit reicher Stichelkrönung, mitunter selbst Portale, damit überzogen wurden, und zwar in einer stilvollen Zeichnung von Blumen und Ranken mit Vögeln und anderen Tieren dazwischen. Auch das Ebenholz wurde viel als Intarsiamaterial der Renaissance mitbenutzt und auch Metallarbeiten sprachen mit. In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts führte sich in Deutschland die Marmorverlebung mit Eisenbleinlagen in Ebenholz ein und Augsburg und Nürnberger Künstler lieferten darin Vorbildliches. Die Wohlfeilheit des Materials gestattete eine figurative wie ornamentale, sogar eine plastische Verzierung, und indem der Zeichnung mit geschwärzter Gewässerung nachgeholfen wurde, ließ sich alles darstellen, was in Zeichnung oder Kupferstich wiedergegeben werden kann. Da man die Zeichnung gleichzeitig in beiden Materialien (Holz- und Eisenbleinplatte) auschnitt (ausfägte), erhielt man stets ein doppeltes Motiv, entweder Weiß in Schwarz oder Schwarz in Weiß. Die Mosaik Weiß in Schwarz ist von edlerer Wirkung und auch heute noch die bevorzugtere.

(Schluß folgt).

Bewilligung von Mitteln aus der Hauszinssteuer erst vom 5. Januar 1925 an wieder bei der Wohnungsfürsorgegesellschaft entgegengenommen würden. Alle diese Mittel zur Behebung der Wohnungsnot sind natürlich nicht imstande, die Wohnungsnot zu beheben. Gerade die mittellosen Volksschichten finden dabei keine Hilfe. Auch die Soziale Baugenossenschaft resp. der Verband Sozialer Baubetriebe hilft nur und kann nur qualifizierten, bemittelten Volksschichten Wohnungen bauen. Das Wohnungssehd wird somit in absehbarer Zeit nicht verschwinden.

Heimarbeiterinnen, wie müßt ihr wählen ?

Wo bleiben die Fachauschüsse für Heimarbeit, die dort, wo unzulängliche Löhne gezahlt werden und günstigere Bedingungen durch Tarife nicht aufzubekommen, bessere Arbeitsbedingungen festsetzen können. Seit 1 1/2 Jahren ist das Heimarbeiterlohngesetz in Kraft, das Fachauschüsse vorzieht mit dem Recht der Lohnfestsetzung zunächst und mit dem Recht, Bußen über Arbeitgeber zu verhängen, die sich doch nicht danach richten. Noch immer aber können solche Fachauschüsse nicht gebildet werden. Die Reichsregierung und die Regierungen der deutschen Freistaaten streiten sich nämlich immer noch darum, wer die Kosten für die Fachauschüsse trägt, das Reich oder die Länder oder beide. Der Streit geht nicht um die Höhe der Summe, die nur sehr gering ist. Er geht vielmehr um den Grundgedanke, wer trägt die Kosten. Inzwischen leiden freilich Tausende von Heimarbeiterinnen bitterste Not trotz harter Arbeit, weil sie mit Schandlöhnen abgefunden werden. Wenn die Heimarbeiterinnen erreichen wollen, daß in der Zukunft für die Handlungen der Regierungen die Rücksicht auf das Volkswohl ausschlaggebend ist, dann müssen sie am 7. Dezember ihre Stimmen für die sozialdemokratischen Reichs- und Landtagskandidaten abgeben. Ein ausschlaggebender Einfluß der sozialdemokratischen Vertreter in diesen Parlamenten würde verhindern können, daß den Regierungen Staatshoheitsrechte höher stehen als das Volkswohl. Deshalb, Heimarbeiterinnen, geht am 7. Dezember zur Wahl und wählt die Liste der sozialdemokratischen Partei.

Gertrud Hanna.

Die Erhaltung der Substanz.

Obwohl die Bedingungen der meisten Heimarbeiterschaften, soweit sie bisher erschienen sind, den Vermögensbestand nur recht willkürlich angeben, zeigt sich doch mit wachsender Deutlichkeit, daß die Industrie in der Inflation ihr Produktionskapital wesentlich vermindert hat. Diese Feststellung ist um so wichtiger, als die rechtsstehenden Parteien Jahre hindurch eine entscheidende Bekämpfung der Inflation abgelehnt haben und dabei behaupteten, daß die bestehenden Steuerlasten die Vermögenssubstanz der deutschen Wirtschaft angreifen und aufzehren. Jetzt kommen täglich Bilanzien heraus, die eine wesentliche Steigerung des Sachkapitals der Altengesellschaften anzeigen. Sogar die industriellen Verbände bequemen sich allmählich dazu, zuzugeben, daß die industriellen Gesellschaften eher gestärkt als geschwächt aus der Inflation hervorgegangen sind. So hat der Verein deutscher Maschinenbauanstalten Richtlinien für die Aufstellung einer Goldmarkteröffnungsbilanz ausgegeben, in denen u. a. zu lesen steht:

„Das Streben, nachzuweisen, daß die Bilanz erhalten würde, steht in einem gewissen Widerspruch zu dem Streben nach einer künstlichen Dividende, die ebenso hoch ist wie vor dem Kriege. In sich wird es vielleicht in den meisten Maschinenbauaktiengesellschaften möglich sein, in der Goldmarkteröffnungsbilanz das gleiche Vermögen wie vor dem Kriege aufzuweisen, weil den Verlusten bei den Beteiligungen und Effekten, den Referenzen, den Debitoren vielfach eine Erweiterung oder Verbesserung der Anlage, Wegfall der Hypotheken oder Obligationen oder die Möglichkeit, vor dem Kriege vorhandene Unterwertigkeiten bei den Anlagen nennbar auszugleichen, gegenübersteht.“

Hier ist also offen ausgegeben, daß in den meisten Fällen keine Einbuße an Vermögenssubstanz in der Inflation bei der Industrie eingetreten ist. Wenn von einer Entwertung der Effekten die Rede ist, ja muß doch demgegenüber festgesetzt werden, daß viele Gesellschaften während der Inflation mit Papiermarktkrediten noch große Aktienposten zu niedrigem Goldmarktkurs erworben haben. Tatsache ist jedenfalls, daß in der Zeit der allgemeinen Volkswarnung das Industrietapital sich von den Folgen der Wertentwertung freigehalten hat. Auch jetzt ist es bestrbt, zur „Erhaltung der Substanz“, die in Wirklichkeit eine Vermehrung des Vermögensbestandes ist, die Kosten aus dem Dawes-Abkommen nach Möglichkeit

auf die breiteren Massen der wirtschaftlich schwächeren Verbraucher abzuwälzen. Fortgesetzt ruft man nach neuen Steuerermäßigungen und man verlangt Schutzzölle, die es ermöglichen sollen, die Steuerlast durch erhöhte Inlandpreise auf die Verbraucher und Arbeitnehmer abzubürden. Gleichzeitig verfolgt man eine Lohnpolitik, die auf die Bedürfnisse der arbeitenden Massen keine Rücksicht nimmt. Daß die Industrie neuerdings so stark mit den Deutschnationalen zusammen zu arbeiten sucht, — denn das ist letzten Endes der Sinn des von der Deutschnationalen Partei vertretenen Bürgerblockgedankens — liegt in derselben Richtung. Die Arbeiterchaft soll politisch und wirtschaftlich wehrlos gemacht werden. Sie wird das bei den nächsten Wahlen zu verhindern wissen.

Herab mit den Steuerabzügen.

Die Reichsregierung hat in diesen Tagen auch Steuerermäßigungen versprochen. An Anbetracht dessen ist es besonders wichtig, auf die unahbar hohe Besteuerung der Arbeitseinkommen zu verweisen und mit Nachdruck eine Neuregelung der Lohnsteuerabzüge zu fordern. Im verflochtenen Inflationsjahre haben die Lohnempfänger fast die gesamten Einkommensteuern allein aufbringen müssen. Das zeigt folgende Tabelle sehr klar. Vom Gesamtaufkommen der Einkommensteuern entfielen z. B. auf die Lohnsteuer im Jahre 1923:

im Januar	90,0 Proz.
im Februar	94,2 Proz.
im März	95,2 Proz.
im April	78,7 Proz.
im Mai	53,6 Proz.
im Juni	62,4 Proz.
im Juli	92,2 Proz.
im August	55,2 Proz.
im September	82,2 Proz.
im Oktober	84,1 Proz.
im November	91,4 Proz.
im Dezember	92,2 Proz.

Am Jahresdurchschnitt sind von den Lohnempfängern also 82,6 Proz. aller Einkommensteuern aufgebracht worden. Infolge der Festhaltung der Währungsangabe in den ersten Monaten des Jahres 1924 der Anteil der Lohnempfänger etwas zurück. Im Januar betrug er 45,3 Proz., im Februar 49,0 Proz. und im März 44,4 Proz. Seitdem ist er aber wieder erheblich gestiegen. Er betrug z. B.

im April 1924	52,8 Proz.
im Mai 1924	54,2 Proz.
im Juni 1924	63,3 Proz.
im Juli 1924	56,1 Proz.
im August 1924	61,2 Proz.
im September 1924	67,0 Proz.

Der Reallohn der Arbeiter und Angestellten ist im Laufe dieser letzten sechs Monate gesunken, gleichwohl ist ihre steuerliche Belastung im Verhältnis zu den übrigen Steuerzahlern unausgeglichen geblieben. Schon seit Jahr und Tag erheben wir die Forderung, daß die großen Privateinkommen stärker zur Steuerleistung herangezogen werden. Wie die Aufstellung zeigt, leider ohne den notwendigen Erfolg. Auch eine dringende Mahnung, die kurze Zeit, die noch bis zum 7. Dezember verbleibt, nicht wahrzunehmen und alles zur Wahrung heranzubringen, was für die Arbeiterpartei zu stimmen gemißt ist. Der Steuerabzug ist inzwischen herabgesetzt; näheres in folgender Nummer.

Nahrungsmittelzölle und Gesundheitsfürsorge.

Im Augustheft des 8. Jahrgangs der Sozialhygienischen Mitteilungen (Verlag C. F. Müller, Karlsruhe) wendet sich der Karlsruher Sozialhygieniker Dr. med. A. Fischer auf Grund eines überzeugend wirkenden Tafelbuchstoffs mit aller Bestimmtheit gegen die die Gesundheitsfürsorge schwer bedrohenden Nahrungsmittelzölle. Er zeigt zurecht, daß ohne die Nahrungsmittelzölle, die die Lebenshaltung der Arbeiterklassen empfindlich verteuert haben, die Frauenerwerbsarbeit vor dem Kriege hätte eingeleitet werden können; dies hätte namentlich bessere Fürsorge für Schwangere, forspätere Pflege der Säuglinge und wirkungsvollere Beaufsichtigung der Kleinkinder bedeutet. Des weiteren wird dargelegt, daß es ein unübersehbarer Widerspruch war, einerseits Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetze zu schaffen und andererseits durch die Zollpolitik die Ernährung zu verschlechtern. Dies hat dazu geführt, daß trotz der Sozialversicherung ein Fortschritt in den Gesundheitsverhältnissen der deutschen Arbeiter vor dem Weltkrieg nicht zu erkennen war und von der Reichsregierung nicht nachgewiesen werden konnte. Nur unsere Handelspolitik hat es verschuldet, daß in England, wo man die Kornzölle bereits 1846 festsetzt hat, in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege die Tuberkulosesterblichkeit viel niedriger war als bei uns, obwohl alle sonstigen Bedingungen im Kampfe gegen die Schwindsucht in

Deutschland günstiger waren als in England. Durch die Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse ist mit aller Deutlichkeit erwiesen, daß bei der Tuberkulosesterblichkeit die Ernährungszustände eine überragende Rolle spielen, und daß die Niedrighaltung der Breite ebenso wichtig ist, wie die Herstellung der Nahrungsmittel, da man das, was man nicht kaufen kann, auch nicht essen kann. Alle Hygieniker und insbesondere alle Tuberkulosefürsorgeärzte müssen sich daher jetzt mit aller Kraft gegen die Nahrungsmittelzölle wenden. Und das gleiche gilt für viele andere, die auf dem Gebiete der Gesundheitsfürsorge tätig sind. Was nützt es, daß in der Reichsverfassung und im Jugendwohlfahrtsgesetz der jungen Mutter Cohn und den Kindern ein Recht auf eine gehörige körperliche Erziehung zugesprochen werden, wenn die Ernährung der schwangeren Frau und der heranwachsenden Kinder verschlechtert wird? Als Kinderfürsorgeärzte, alle Schulkärzte, alle, die gegen eine weitere Verelendung unserer Jugend kämpfen, müssen Einspruch gegen die Nahrungsmittelzölle erheben.

Die Lehre E. v. Feuchtersiebens: „Das große Geheimnis, das Leben zu verlängern, besteht darin, es nicht zu verkürzen.“ trifft ganz besonders für das Nahrungsweisen zu. Denn dem einzelnen und ganzen Volksschichten wird schon viel genützt, wenn bei der Ernährung nur keine Fehler, die die Gesundheit bedrohen und das Leben verkürzen, begangen werden. Einen größeren gesundheitspolitischen Fortschritt als die Verteuerung der Nahrungsmittel durch die Wiedereinführung der Zölle kann es in Deutschland nach Ansicht von Dr. Fischer nicht geben.

In einer Denkschrift des Ministers für Volkswohlfahrt über den Gesundheitszustand der lernenden Jugend im Jahre 1923 an den preussischen Landtag heißt es:

Die lernende Jugend im letzten Jahrzehnt von zwei Perioden der Entbehrung betroffen worden: in den Jahren 1917 bis 1919 befand der Menge und der Zusammensetzung nach ein Mangel an den wichtigsten Nahrungsmitteln für den wachsenden Körper; seit August 1922 führte die anwachsende Teuerung zum Ernährungsmanangel, namentlich bei Milch und Fett, neuerdings auch bei Eiweiß. Als erschütternde Tatsache wird festgestellt, daß nach mehrfachen Berichten es zahlreiche Kinder gibt, die überhaupt nicht mehr essen, was Fleisch ist, und die bei Ausnahme in einem Erholungsheim erst wieder richtig Nahrung kennen lernen. Kartoffeln und Rüben, Kaffeeertrag und minderwertiges Brot sind auch heute wieder die Hauptnahrungsmittel für viele Kinder, wie in zahlreichen Schulen festgestellt wurde. Im Durchschnitt wollen nach ärztlichen Berichten aus zahlreichen Städten und in Industrieregionen etwa 40 Prozent aller Schulkinder die Zeichen der Unterernährung auf, gelegentlich sogar 50 bis 60 Prozent, je nach verschiedenen Angaben bis 80 Prozent. Die Zahl der schulpflichtig gewordenen sechs- bis siebenjährigen Kinder, die wegen Mangel an Unterernährung und hierdurch bedingte Körperchwäche vom Schulbesuch zurückgestellt werden mußten, ist auf 10 Prozent gestiegen. Die Denkschrift verweist schließlich auf den großen Wert der Unterbringung der Kinder auf dem Lande und gedankt des reichen Segens, den die Quänterpflege gebracht hat. Festgestellt wird ferner, daß von rund 7 Gemeinden eine über schulärztliche Versorgung verfügt. Schulgesundpflege wird in 258 Orten ausübt.

Kapitalistische Widerstände gegen den sozialistischen und gewerkschaftlichen Propagandafilm.

Dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wird uns hierzu geschrieben:

In Nr. 43 der „Gewerkschaftszeitung“ ist in einem Artikel bereits darauf hingewiesen worden, daß demnächst ein sozialistisch-gewerkschaftlicher Propagandafilm erscheinen wird. Es wurde auch angegeben, welche Widerstände bisher der Schaffung eines solchen Films entgegengekommen haben. Es zeigt sich aber, daß damit noch lange nicht alle Widerstände überwunden sind, sondern jetzt erst recht einsehen.

Zu dem Film selbst ist zu sagen, daß das Problem allgemein gut gelöst wurde. Der Film ist inhaltlich, künstlerisch und technisch auf einer bedeutenden Höhe, eine ganze Reihe von Einzelbildern ist sogar hervorragend schön. Nirgends eine aufdringliche Tendenz, alle Bilder würden durchaus natürlich. So hat denn der Film, „Die Schmiede“ ist sein Titel, bei den bisherigen Aufführungen in Berlin eine zum Teil geradezu enthusiastische Aufnahme bei dem Arbeiterpublikum gefunden.

Aber gerade die absolut unausdringliche, jedoch äußerst wirksame Tendenz ist es, was die kapitalistischen Instinkte wachgerufen und die neuen Widerstände heraufbeschworen hat. In Berlin hat man zwar die Aufführung nicht mehr verhindern können. Hier muß der Film in 17 Theatern, Einige freilich haben versucht, die wirksame Schlusszene wenigstens

zu unterschlagen. In anderen Orten des Reichs hat das Filmpublikum es aber verstanden, den Widerstand der Kinobesitzer derart zu organisieren, daß ganze Landestteile die Aufführung bis jetzt abgelehnt haben. Hier können und sollten die örtlichen Gewerkschaften zusammen mit den Ortsausschüssen eingreifen, indem sie von den Kinobesitzern die Aufführung des Films „Die Schmiede“ erzwingen. Es muß überall möglich sein, da die Mehrheit der Kinobesitzer aus Arbeiterkreisen stammt. Da der Film zudem auch für die Reichstagswahl gute Aufklärungsdienste zu leisten vermag, so sollten sich die Gewerkschaften dieses wirksame Propagandamittel nicht von bürgerlichen und furchtsamen Theaterbesitzern aus der Hand schlagen lassen. Wenn es gar nicht anders geht, mühten sie eigene Vorstellungen veranstalten. Sie würden sich damit zugleich auch im Kampfe gegen den vielfachen Schund und Klisché im Film ein Verdienst erwerben, für das die Arbeiterschaft ihnen sicher danken wird.

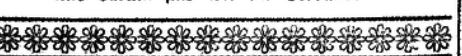


Warum sind wir im Verband?

Wel Menschen sehn wir müßig feiern,
Verdammt zur Latenlosigkeit.
Ob sie auch noch so oft beteuern,
Daß sie zur Arbeit sehn bereit,
Wir wollen keine milden Gaben,
Wir wollen nur für jede Hand,
die arbeitsfähig, Arbeit haben,
Und deshalb sind wir im Verband!

Der Hunger schreit durch unreine Ketten,
Der schlimme Sohn der Arbeitsnot.
Die Frauen und die Kinder schreien,
Und rufen Vater, gib uns Brot!
Wir können es nicht stumm ertragen,
Daß uns das Elend übermannt,
Wir brauchen Brot für jeden Magen,
Und darum sind wir im Verband!

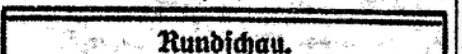
Gemeinsam wollen wir errichten,
Was unser Sinn sich aufstellt,
Und kämpfend wollen wir vernichten,
Wer feig uns in den Rücken fällt.
Verachtung ehros iradem Treiben,
Dem Ehrenmann die Bruderhand,
So halten wir's, so soll es bleiben,
Und darum sind wir im Verband!



Lehrvertrag und Organisationszugehörigkeit.

Kann im Lehrvertrag der Beitritt des Lehrlings zu einer Berufsorganisation rechtswirksam ausgeschlossen und mit Entlassung bedroht werden? Die schriftlichen Lehrverträge der Kläger enthielten die Bestimmung: „Bereinen irgendwelcher Art darf der Lehrling ohne Genehmigung des Lehrherrn nicht betreten; Zuwiderhandlung beweist den Lehrherrn zu sofortiger Auflösung des Lehrverhältnisses.“ Die Kläger sind ihrer Berufsorganisation beigetreten und deshalb vom Beklagten freilich entlassen. Ihrer Klage auf Feststellung, daß die Entlassung rechtswidrig war, ist in beiden Rechtsinstanzen stattgegeben; in der Berufung aus folgenden Gründen:

Daß der Verband, dem die Kläger beitraten, die Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen seiner Mitglieder wahren und fördern will, ist nicht bestritten; die Zugehörigkeit zu ihm wird durch Artikel 159 der Reichsverfassung geschützt. Daß auch Befehle diesen Schutz genießen, kann nicht zweifelhaft sein. Die Bestimmung... des Lehrvertrages ist rechtswidrig und... nach § 134 des Bürgerlichen Gesetzbuches nichtig. Fraglich ist, ob deshalb nach § 139 des Bürgerlichen Gesetzbuches der ganze Lehrvertrag nichtig ist. Trotzdem offenbar der Beklagte den Lehrvertrag nicht ohne die Bestimmung... geschlossen hätte, ist die Annahme der Nichtigkeit des ganzen Lehrvertrages abzulehnen, weil sie dem Sinne der Reichsverfassung widerspricht; wäre der ganze Vertrag hinfällig, so würde der Schutz, den Artikel 159 der Reichsverfassung geben will, in sein Gegenteil verkehrt; der Lehrherr könnte die Entlassung auf die Nichtigkeit des ganzen Vertrages stützen... Dennach ist die Entlassung der Kläger zu Unrecht erfolgt... (Urteil des Landgerichts Braunschweig, 4 Da 39/22, vom 23. April 1923; abgedruckt in „Das Schlichtungswesen“ VI S. 30 Nr. 2.)



Rundschau.

Regierungsstrikte und Eisenbahnstreik in Oesterreich. Am 7. November nachts wurde von den Eisenbahnern der Streik proklamiert, nachdem das Angebot, Lohnaufbesserungen im Betrage von 42 Millionen zu bewilligen, abgelehnt wurde. Die Eisen-

bahner hatten 50 Milliarden gefordert, die Deutschnationalen sogar 83. Die Generaldirektion erklärte, mehr nicht bewilligen zu können als 42 Millionen und die Regierung erklärte sich mit ihr solidarisch, weil sonst andere Gruppen Staatsangehöriger entsprechende Forderungen stellen würden, falls diese weitergehenden Forderungen bewilligt würden.

Infolge dieses Streikbeschlusses sind alle Fremden Hals über Kopf aus Wien abgereist. Die Hotels haben sich geleert, die abfahrenden Züge wurden gestürzt. Die Regierung hat demissioniert, sie steht sich außerstande, angesichts dieser Situation weiter zu amtieren. Man kann sich die Panik leicht vorstellen, welche infolge dieser Vorgänge in Oesterreich ausgebrochen ist.

Lohnbewegungen und Streiks.

Der Leistikopf der Berliner Tapezierer führte am 10. November zu Verhandlungen. Der Mindestlohn des Tapezierers, der zwei Jahre aus der Gebote ist, wurde auf 85 Pf. vereinbart. Die anderen Gruppen erhalten Zulagen, die diesem im Verhältnis entsprechen. Auch alle Akkordpreise werden demgemäß erhöht.

Der Lohn der Segelmacher und Wasserbichten beträgt ab 1. Oktober 90 Pf.

Bücherschau.

Im Verlag von Uner u. Comp., Hamburg, Fehlandstr. 11, erschien neben der Neue-West-Kalender für 1925. Der Preis beträgt 60 Pf. Der Inhalt ist reichhaltig und behandelt die verschiedensten Wissensgebiete, unterstützt von zahlreichen guten Bildern.

Berichtigung.

Der Spitzenlohn im Württemberg baw. Stuttgarter Lederverarbeitertarif beträgt nicht 60 Pf., wie in Nr. 36 berichtet wurde, sondern 66 Pf. Der Druckfehler wurde hat aus der 6 eine 0 gemacht.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 17. bis 23. November ist der 47. Wochenbeitrag fällig.

Es ist das Mindeste, was von jedem Verbandesmitglied erwartet werden kann, die fälligen Beiträge pünktlich zu entrichten.

Stettin: 25 Jahre Verbandsmitglied sind folgende Kollegen: Emil Jehm, Tapezierer, Paul Hoffmann, Tapezierer, Heinrich Lappan, Sattler, Franz Gieseler, Tapezierer.

Veranstaltungskalender.

Stettin: Freitag, den 31. November, abends 7 Uhr, bei Karr Volldorferlammlung. Vortrag: „Die Reichstagswahl“. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Sterbetafel.

Stettin: In der Ober erkrankt der Kollege Willi Carl, Tapezierer.
Ehre seinem Andenken!

Leberrmodelleure

(Leberrmodelleure) für kunstgewerbliche Arbeiten, selbständig arbeitend in dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
E. Otto Gehrens, Abt. Leberwaren,
Wandebek, Piktowstraße 29/32.

Vorarbeiter oder Meißler

welcher vollkommen perfekt im Zuschneiden von Lebertreibriemen ist, per sofort von einer der größten Treibriemenfabriken Norddeutschlands gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter 2885 an die Expedition dieses Blattes.